



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
Z 21c B 6313-3

☎ (02 28)
14-4149
oder 14-0

Bonn
27.01.2009

Pflicht zur Speicherung von Telekommunikationsdaten nach § 113a TKG; Anordnung nach § 115 TKG

Sehr geehrter Herr,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach § 115 Abs. 1 TKG ergeht hiermit folgende Anordnung:

Die, wird verpflichtet, die von ihr bei der Erbringung öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste für Endnutzer erzeugten oder verarbeiteten Verkehrsdaten nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 des § 113a TKG sechs Monate im Inland oder in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union zu speichern.

I.

Anlässlich mehrerer ergebnisloser Auskunftersuchen nach § 113 TKG und der Mitteilung zuständiger Stellen an die Bundesnetzagentur, dass nach eigenen Angaben keine Daten nach § 113a TKG speichere, führte die Bundesnetzagentur (Referat Z 21) am 21. Januar 2009 mit ein Telefongespräch, in dem das Unternehmen erklärte, dass es keine Daten gemäß § 113a TKG speichere und daher auch nicht in der Lage sei, Anfragen der zuständigen Stellen nach § 113 TKG zu beantworten. Zur Begründung wurde ausgeführt, das Unternehmen sei zur Speicherung nicht verpflichtet, da § 113a TKG infolge fehlender Entschädigungsregelung verfassungswidrig sei. Dies habe das Verwaltungsgericht Berlin in dem Eilverfahren VG 27 A 232.08 vom 17. Oktober 2008 (..... Bundesrepublik Deutschland) festgestellt. Die von dem Gericht in diesem Verfahren für die Verfassungswidrigkeit des § 113a TKG angeführten Gründe seien auf übertragbar. In dem Telefonat wies das

Unternehmen darauf hin, dass es in Kürze beabsichtige, ebenfalls einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz bei dem Verwaltungsgericht Berlin zu stellen.

II.

Nach § 113a Abs. 1 TKG ist, wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste für Endnutzer erbringt, verpflichtet, von ihm bei der Nutzung seines Dienstes erzeugte oder verarbeitete Verkehrsdaten nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 des § 113a TKG sechs Monate im Inland oder in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union zu speichern.

..... erbringt öffentlich zugängliche Telefondienste (§ 113a Abs. 2 TKG), öffentlich zugängliche Dienste der elektronischen Post (§ 113a Abs. 3 TKG) sowie öffentlich zugängliche Internetzugangsdienste (§ 113a Abs. 4 TKG) und ist somit gemäß § 113a Abs. 1 TKG zur Speicherung verpflichtet.

Soweit sich das Unternehmen auf die in dem Verwaltungsstreitverfahren / . Bundesrepublik Deutschland im Eilverfahren ergangene Entscheidung des VG Berlin beruft, kann dies nicht dazu führen, dass der Vollzug des § 113a TKG gegenüber ausgesetzt wird. Die Entscheidung des VG Berlin wirkt nur für das antragstellende Unternehmen (.....) und entfaltet in Bezug auf keine Rechtswirkungen. Die Entscheidung des VG Berlin ist im Übrigen noch nicht rechtskräftig und ist außerdem im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes ergangen. Das heißt, selbst eine Entscheidung in der Hauptsache erster Instanz liegt derzeit nicht vor.

Gehört aber zu dem vom Gesetzgeber in § 113a TKG definierten Adressatenkreis, liegen die Voraussetzungen für eine Speicherpflicht auch im Übrigen vor und bestehen darüber hinaus keine Gründe, die ein Aussetzen des Vollzugs der Norm rechtfertigen könnten, ist das Unternehmen zur Speicherung gemäß § 113a TKG gesetzlich verpflichtet.

Von der Androhung eines Zwangsgeldes wird bis auf Weiteres abgesehen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. **Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung (§ 137 Abs. 1 TKG).** Die Einlegung eines Widerspruchs ändert nichts an der Wirksamkeit und Vollziehbarkeit des Bescheides.

Hinweis:

Für ein ganz oder teilweise erfolgloses Widerspruchsverfahren werden grundsätzlich Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten. Die besonderen technischen Voraussetzungen sind unter <http://www.bundesnetzagentur.de/enid/elektronische-kommunikation> aufgeführt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

.....

Abschrift:

.....